

Volkszeitung

Nr. 83.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellenbesuche 50%^{0/100}, Angebote 25%^{0/100}, Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofska 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.
Telephon des Schriftleiters: 23-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Dezember beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

An die Bezieher der „Lodz Volkszeitung“

Die Teuerung der letzten Zeit ist auch an der „Lodz Volkszeitung“ nicht vorübergegangen. Die Erhöhung der Löhne der Buchdrucker hat eine Erhöhung der Kalkulationskosten unserer Zeitung um 45 Prozent verursacht.

Die Bedrohung der Existenz unserer Zeitung durch eine Nichterhöhung des Bezugspreises glaubten wir nicht auf uns nehmen zu können. Die werktätige deutsche Bevölkerung würde das einzige Organ, das unabhängig ist, keine Zuschüsse von bürgerlicher Seite erhält und stets den Mut findet, unerschrocken für die Interessen der Werktätigen einzutreten, verlieren. Diese einzige Waffe dürfen wir wegen einer kleinen Erhöhung nicht aus der Hand geben.

In Anbetracht dessen, daß der Verlag einerseits durch starkes Anwachsen der Leserschaft einige Ersparnisse machen konnte und daß andererseits eine der Wirklichkeit entsprechende Erhöhung des Bezugspreises unsere geschätzten Leser

zu sehr belasten würde, entschloß sich der Verlag zu der geringen Erhöhung von 20 Prozent. Die Zeitung wird somit für Dezember kosten:

Monatlich 2,40 Zloty
Wöchentlich 60 Groschen
Einzelnummer 25 Groschen

Wir sind fest davon überzeugt, daß unsere geschätzten Leser durch Erneuerung des Abonnements und durch Zuführung neuer Leser es uns ermöglichen werden, auch weiter unsere „Volkszeitung“ zu erhalten und auszubauen, damit sie auch fernerehin auf der Wacht für unsre gerechte Sache stehen kann.

Der Verlag der „Lodz Volkszeitung“.

Worum es England in Aegypten geht?

Die am 19. d. M. in Kairo von ägyptischen Fanatikern verübte Ermordung des englischen Oberbefehlshabers (Sirdars) der ägyptischen Armee und des Generalgouverneurs vom Sudan, Sir Lee Staff, hat die englisch-ägyptischen Beziehungen in höchstem Maße verschärft. Die politische Krise im Nilland hat sich durch das englische Ultimatum vom 22. d. M. noch mehr zugespitzt. Das letztere wird dadurch argumentiert, daß Aegypten gegenwärtig in einer „für zivilisierte Völker schmachvollen Weise“ regiert werde und daß auch die letzte Mordtat das natürliche Ergebnis einer Kampagne der Feindseligkeit gegen britische Rechte und britische Untertanen in Aegypten und dem Sudan sei. England macht die ägyptische Regierung für den herbeigeführten Zustand moralisch verantwortlich, welche, meint es, „unfähig oder nicht gewillt sei, das Leben der Ausländer zu schützen“. Die ägyptische Regierung hat nun das Ultimatum abgelehnt, weil es, ägyptischer Auffassung nach, solche Forderungen aufstellt, die „die Unabhängigkeit Aegyptens verletzen“.

Was ist nun das Wesen des englisch-ägyptischen Streites?
England hatte im Monat März 1922 sein Protektorat über Aegypten aufgehoben und es formell als ein unabhängiges Königreich ausgerufen. Die Zustimmung des bisherigen Protektors war jedoch durch derartige Einschränkungen bedingt, daß sie nicht die wirkliche, sondern nur eine scheinbare Unabhängigkeit Aegyptens zur Folge haben konnte. Die genannten Einschränkungen waren: 1. Trotz Proklamierung der ägyptischen Unabhängigkeit sollten doch in Aegypten weiter englische Garnisonen bleiben. 2. Auch der Suezkanal bleibt ausschließlich unter englischem Schutz. 3. Der Sudan werde nicht als ein Teil Aegyptens, sondern als ein englisch-ägyptisches Dominion betrachtet. 4. Finanzielle und juristische Ratgeber (Engländer) werden in Aegypten weiter beibehalten. 5. Auch der Schutz der Fremden und der nationalen Minderheiten in Aegypten wird als englisches Vorrecht betrachtet.

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß England auch nach der Deklaration von 1922 Aegypten weiter als eine seiner Kolonien betrachtet. Die englische Kolonialpolitik in Aegypten hat keinen größeren Unterschied von

Die D. A. P. zur politisch-wirtschaftlichen Lage.

Der Parteirat der Deutschen Arbeitspartei Polens, der am Sonntag in Lodz tagte (siehe Bericht auf Seite 2), hat nachstehende Entschliessungen einstimmig angenommen.

In der Minderheitenfrage.

Die Tatsache, daß die Republik Polen ein Nationalitätenstaat ist, in dem die nationalen Minderheiten annähernd 40% der Bevölkerung bilden, erfordert die volle Gleichberechtigung aller Völker des Staates. Diese Gleichberechtigung ist bis jetzt auf keinem Gebiete durchgeführt worden, hingegen ist die Unterdrückung der nichtpolnischen Nationen zu einem der Grundsätze der polnischen Staatspolitik geworden. Diese Politik führt dazu, daß die Republik Polen zu einem Schauplatz nationaler Kämpfe wird, was eine gesunde Entwicklung der politischen Verhältnisse unmöglich macht. Den einzigen Ausweg aus dieser Lage bildet die Gewährung der nationalen Autonomie an alle Völker Polens.

Die deutsche Minderheit Polens kann ihre kulturellen und völkischen Bedürfnisse nur durch die Schaffung eines autonomen Minderheitenverbandes erlangen, dem sämtliche kulturellen Angelegenheiten der Deutschen übertragen werden müssen. Daher fordert die D. A. P. die schnellste Einführung einer gesetzlich geregelten Autonomie für die deutsche Minderheit Polens.

Zur politischen Lage Polens.

Die Kräfteverhältnisse in den gesetzgebenden Körperschaften entsprechen nicht mehr den Kräfteverhältnissen innerhalb der Bevölkerung des Landes und verhindern die Bildung einer Regierung, die die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes befriedigt. Angesichts dessen erachtet die D. A. P. die Auflösung des Sejm und Senat und die Ausschreibung von Neuwahlen für notwendig, sie gibt jedoch ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß ein Sieg der demokratischen Elemente nur dann möglich

derjenigen in den anderen Kolonien. Seitdem Aegypten unter die englische Herrschaft gekommen ist, wird sein Wirtschaftsleben ausschließlich nach den Interessen Londons und dem Bedarf der englischen Textilindustrie entwickelt. Der weitaus größte Teil des bebauten Bodens (im ganzen nur 33 000 Quadratkilometer) in Aegypten ist für die Kultur der Baumwolle bestimmt, die eben die englischen Industriellen brauchen.

Wie englischerseits die ausschließliche Baumwollkultur in Aegypten künstlich gefördert wird, so wird auch in derselben Weise die Kultur der

ist, wenn die linken polnischen Parteien ihre bisherige schwankende Stellung aufgeben und sich mit einem klaren, wirklich demokratischen Programm geschlossen der polnischen Reaktion entgegenstellen.

Die D. A. P. betrachtet die bestehende Wahlordnung zum Sejm und Senat als undemokratisch, da sie von der Tendenz geschaffen wurde, die nationalen Minderheiten ihres Einflusses auf die Geschicke des Staates zu berauben. Nichtsdestoweniger wendet sich die D. A. P. angesichts des heutigen parlamentarischen Kräfteverhältnisses aufs schärfste gegen alle Versuche einer Aenderung dieser Wahlordnung, da diese Versuche von Seiten der Reaktion nur zu dem Zwecke gemacht werden, durch Fälschung des Volkswillens die Macht im Staate zu erlangen.

Zur wirtschaftlichen Lage Polens.

Die unentschlossene Haltung der polnischen Parteien zu den wirtschaftlichen Problemen des Staates, die sich darin äußert, daß der Sejm auf jeglichen Einfluß in dieser Hinsicht zugunsten Grabkis verzichtete, führte dazu, daß die von der Regierung unternommenen Maßnahmen nicht im Einklange mit dem Willen des Volkes stehen.

Das werktätige Volk, das sich mutig für die Sanierung der wirtschaftlichen Lage einsetzte, legt mit aller Entschiedenheit dagegen Verwahrung ein, daß alle Folgen der langjährigen Mißwirtschaft und der einseitigen Sanierung der Staatswirtschaft dem werktätigen Volk aufgebürdet werden. Die arbeitende Bevölkerung sieht in der wirtschaftlichen Krise und der dauernd fortschreitenden Teuerung eine große Gefahr für den Fortbestand der Arbeitnehmerschaft Polens. Deshalb wird die Regierung mit allem Nachdruck aufgefordert an die Lösung der wirtschaftlichen Krise und die Bekämpfung der Teuerung mit aller Energie zu schreiten.

Getreide und anderer Pflanzungen vernachlässigt und vielfach auch direkt verhindert. Aegypten, welches schon seit uralten Zeiten als eine der Kornkammern der Welt bekannt war, ist gegenwärtig selbst auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Bei einer eventuellen Mißernte der Baumwolle — wie es z. B. 1919 der Fall war — verfällt das ägyptische Volk unsagbarem Elend und Hunger.

Was noch mehr in englisch-ägyptischen Beziehungen von Belang ist, ist die Frage des Suezkanals, der ja der Hauptnerve der britischen Weltwirtschaft und Weltpolitik ist.

Sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Bedeutung des Suezkanals für England hat sich nach dem Kriege vielleicht noch erhöht. Neue Völker und neue Länder sind seitdem unter das britische Joch gebracht worden; die Engländer glauben, Ägypten und Suezkanal zur Befestigung ihrer Oberhoheit nicht entbehren zu können. Deswegen wurde auch vor zwei Monaten der Vorschlag Saghlul Paschas in London, den er der Regierung Macdonald machte, den Schutz des Suezkanals dem Völkerbunde zu übertragen, ohne weiteres zurückgewiesen. In dieser Hinsicht sind also auch alle englischen Parteien einig.

Auch die Sudanfrage ist mit den englisch-ägyptischen Beziehungen eng verbunden. Dieses Land, welches viel größer (2 630 500 Quadratkilometer) als Ägypten ist, aber nicht einmal 6 Millionen Einwohner zählt, liegt an dem oberen Nil und ist auch gerade deswegen eng mit Ägypten verbunden. Ägypten lebt ja vom Nil, welcher dem Sudangebiet entspringt. Wer Sudan beherrscht, hat auch sowohl das wirtschaftliche als auch politische Schicksal Ägyptens in seinen Händen.

Dies sind die Gründe, warum England die Ernennung des Oberbefehlshabers als Anlaß genommen hat, um ein strenges Regiment in Ägypten einzuführen. Der Befehl zur Annetierung des Sudans wurde erlassen, weil die englische Regierung ganz genau weiß, daß sie mit dem Augenblick der endgültigen Besitzergreifung des Sudans den nachdrücklichsten Einfluß auf ganz Ägypten ausüben kann. Der englische Imperialismus der Regierung Baldwin ist unersättlich. Man ist in London fest entschlossen, in Ägypten Ordnung zu schaffen. Auf welche Weise diese Ordnung durchgeführt wird, geht aus den kurzen Meldungen vom „Kriegsschauplatz“, wie die konservativen Blätter bereits Ägypten nennen, hervor. Es heißt dort lakonisch: daß sudanesischen Truppen aufgerieben, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, Strafexpeditionen ausgerüstet wurden usw.

Der Protest des ägyptischen Parlaments beim Völkerbund ist bisher ohne Wirkung verhallt. Der Völkerbund ist in einer schwierigen Lage. England hat auf das schärfste Verwahrung dagegen eingelegt, falls der Völkerbund die Absicht haben sollte, sich in diese „innere“ Angelegenheit zu mischen. Obwohl Frankreich ebenfalls sehr lebhaft an der ägyptischen Lösung interessiert ist, läßt es England vollkommen freie Hand. Man will es augenscheinlich nicht mit England verderben. Die anderen Staaten, die dem Völkerbund angehören, schweigen sich ebenfalls aus. Inzwischen aber springt England mit dem ägyptischen Volke um, wie mit irgend einem wilden Stamme Afrikas. Gelingt es die nationale Bewegung in Ägypten zu unterdrücken, dann hat auch England in Indien oder Persien nichts zu befürchten. Das weiß Baldwin ganz genau und deswegen scheut er auch vor der brutalsten Gewalt nicht zurück.

Es geht um das Prestige des britischen Weltreiches. Um dieses zu erhalten, ist jedes Mittel England gerade gut genug. Die demokratische Welt schaut heute auf Macdonald. Es darf bei einem Protest der Arbeitspartei gegen die imperialistische Politik Baldwins nicht bleiben. Die Arbeitspartei darf nicht vergessen, daß die Bestrafung einer ganzen Nation für das Verbrechen eines einzelnen, ein Rückfall in die Barbarei ist. Dem englischen Imperialismus dürfe nicht eine ganze Nation geopfert werden.

In der islamischen Welt hat das rücksichtslose Vorgehen Englands ein starkes Mitgefühl für das ägyptische Volk erweckt. Nationalistische Blätter der Türkei, Persiens und Indiens bezeichnen das Vorgehen Englands als einen Angriff auf den Islam und prophezeien, daß, wenn auch Ägypten auf die Knie gezwungen werden sollte, der Kampf um die Unabhängigkeit ebenso wie in Spanisch-Marokko weiter gehen werde.

Die ägyptische Regierung hat gestern die Forderungen der englischen Regierung angenommen, die die Sicherheit der fremden Staatsbürger betreffen. Im Sudan tritt Ruhe ein. Die Agitation dauert jedoch an.

Der dritte Parteirat der D. A. P.

Am vorgestrigen Sonntag fand im Saale an der Andrzejstraße 17 der dritte Parteirat der Deutschen Arbeitspartei Polens statt. Erschienen sind fast alle Mitglieder des Rates und Zuhörer aus fast allen Ortsgruppen. Die Anwesenden folgten den Ausführungen der Referenten mit größtem Interesse und Ernst. Die Debatten bewiesen, daß die erschienenen Mitglieder die Notwendigkeit der Organisierung der deutschen werktätigen Bevölkerung erkannt haben und aus diesem Grunde dieser Organisierung ihre ganze Energie zuwenden, um die D. A. P. zu einer Organisation zu gestalten, die die gesamte werktätige Bevölkerung Kongreßpolens umfaßt und ihr dadurch die ihr notwendige Durchsetzkraft verleiht. „Wenn sich das gesamte deutsche werktätige Volk der D. A. P. anschließt, so wird es den Vertretern der Partei in den staatlichen und kommunalen Körperschaften leicht sein, die uns zustehenden Rechte zu erkämpfen.“ Klang es durch die Reden hindurch und die Entschlossenheit der Ratsmitglieder bewies, daß die einzelnen Ortsgruppen gewillt sind, an der Erreichung dieses Zieles zu arbeiten.

Die Eröffnung.

Um 10 Uhr vormittags eröffnete der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Abg. E. Zerbe die Beratungen. Das Protokoll führten R. Koenig und E. Klinz. Nachdem die Tagesordnung eine Umstellung erfahren hatte und die Niederschrift des zweiten Parteirates zur Verlesung und Annahme gelangt ist, ergriß Abgeordneter Artur Kronig das Wort zum Punkt:

Das Minderheitenproblem.

Der Redner führte aus, daß die Konstitution Polens jedem Bürger eine kulturelle Entwicklung garantiert, daß bis jetzt aber nichts unternommen wurde, diese Garantien wahrzumachen. Die rechtsstehenden polnischen Kreise befolgen eine Taktik, die Existenz der 40 Prozent Minderheiten Polens nicht anzuerkennen und Polen als Nationalstaat zu betrachten. Diese ungelunden und der Wahrheit widersprechenden Ansichten führen notwendig zu einer Auflehnung der Minderheit gegen die Mehrheit, wie man sie heute in den Ostgebieten sieht. Erst in der letzten Zeit werden im demokratischen polnischen Lager Stimmen laut, die sich für die faktische Durchführung der Gleichberechtigung aussprechen.

Nachdem Redner analysiert hatte, ob die werktätigen Deutschen Kongreßpolens zu der deutschen Kulturfamilie gehören und als deutsches Volk anzupprechen sind, und nachdem er den Beweis hierfür erbracht hatte, ging er dazu über, die Notwendigkeit der Regelung der Minderheitenfrage nachzuweisen. „Die Regelung der Frage“, sagte der Referent, „liegt nicht nur im Interesse des Staates und im Interesse der deutschen Minderheit. Sie liegt vor allem auch im Interesse der Arbeiterschaft selbst. Denn die Unterdrückung der deutschen Schule spürt der Arbeiter wie der Besessene, spürt jeder der Angehörigen der Nation. Dadurch entsteht natürlich die Gemeinsamkeit der Nationengenossen. Der Schutz und die Verteidigung der Kulturgüter führt die Angehörigen dieser Nation ohne Unterschied der Klassen zusammen. In der Verteidigung der Kulturgüter läßt der Arbeiter die Verteidigung seiner wirtschaftlichen Forderungen an der Seite liegen und schwächt dadurch oder zerstört die gemeinsame Front der Arbeiterschaft zur Verteidigung der Wirtschaftsinteressen. Aus diesem Grunde kommen gemeinsame Vorgehen der Nationsangehörigen bei Wahlen zustande und es marschieren Leute Schulter an Schulter, die im täglichen Leben des Broterwerbs sich oft als die schärfsten Gegner gegenübersehen. Man sucht in dem gemeinsamen Vorgehen den Schutz, findet ihn aber selten, da die Vereinigung einer Minderheit den Gegendruck der anderen und, wie bei uns in Polen, sogar die Unterdrückung der ersten erzeugt. Deshalb ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, die Minderheitenfrage zu regeln. Die offiziellen polnischen linken Parteien, die zu dieser Regelung berufen sind, haben hierin jedoch noch nichts unternommen. Und deswegen müssen die Minderheiten die Regelung der Frage selbst in die Hand nehmen, in der Hoffnung, von dem demokratischen Teile des polnischen Volkes unterstützt zu werden.“

Die Regelung muß jedoch in der Weise erfolgen, daß sie außerhalb der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Politik steht. Es muß eine nationale Autonomie sein, die der betreffenden Nation vollständige Freiheit gibt, sich in nationaler Beziehung selbst zu verwalten, nach dem Muster des heutigen kirchlichen Lebens im Staate. Diese Autonomie muß einen Personenverband darstellen. Jeder Angehöriger der Nation muß sich dem nationalen Verband anschließen. Es wird ein Kataster (Kartothek) der Deutschen angelegt. Diese stellt fest, wer zu der Volksgemeinschaft gehört. Die Gemeinschaft verwaltet sich selbständig, wählt als öffentlich-rechtlicher Verband seine Leitung, führt eine eigene Besteuerung ein, erhält von der Regierung und den Gemeinden die materielle Beihilfe im Verhältnis zu der Zahl der Angehörigen zum Verband der Volksgemeinschaft und verwaltet vollständig selbständig die eigenen Schulen, Theater und sonstigen kulturellen Initiationen.“ Zum Schluß seiner Ausführungen richtete der Redner eine diesbezügliche Entschließung ein, die einstimmig angenommen wurde. Die Entschließung ist auf der 1. Seite der Zeitung abgedruckt.

Dem Referat schlossen sich lebhaft Debatten an. Alle Redner erklärten sich für eine Regelung der Frage im Sinne der Ausführungen des Abg. Kronig, wünschten

breiteste Propagierung der Idee und beschloßen, die „Łódzker Volkszeitung“ zu ersuchen, durch Veröffentlichung von Artikeln in dieser Frage die Popularisierung derselben zu erreichen.

Die Finanz- und Wirtschaftslage.

Zu diesem Thema sprach Abg. E. Zerbe. Der Redner stellte fest, daß der Finanzminister Grabst die wirtschaftliche Lage des Landes unberücksichtigt läßt und nur der Finanzfrage sein Interesse zuwendet. Dadurch entstand die gegenwärtige katastrophale Lage. Die bestehenden Kreise leiden unter der Krise weniger, da sie nur einen Teil dessen abgeben, was sie besitzen. Der Arbeiter aber hat nichts abzugeben, und muß seine Besteuerung mit der vollständigen Verelendung und oft mit der Gesundheit bezahlen. Die Arbeiterschaft zeigte das größte Interesse für Grabst's Sanierungspläne, weil sie aus dem Valutaelend herauskommen wollte. Dieses Entgegenkommen der Arbeiterschaft wurde aber damit belohnt, daß fast die ganze Last der Sanierung dem werktätigen Volke auf die Schultern gelegt wurde. Die Valutareform brachte uns gutes Geld — doch nicht dasselbe gerade der Arbeiterschaft nichts, da die Kaufkraft desselben geschwunden ist. Das Brot, das bei der Einführung des Zloty 50 Groschen kostete, muß heute mit 85 Groschen bezahlt werden. Dazu kommt der Ausfall der Verdienstmöglichkeiten, der die Arbeiterschaft vollständig verelenden läßt.

Die Steuervollstreckung der Regierung ging in der Hinsicht der indirekten Steuern, die die werktätige Bevölkerung fast allein belasten. Dazu kommt jetzt die Tendenz, die Arbeiterschaft auch noch für die Einkommensteuer heranzuziehen, dem sich das werktätige Volk mit aller Entschiedenheit widersetzen muß. „Wir sind für eine gerechte Einkommensteuer“, sagte Redner, „doch müssen in diesem Falle die indirekten Steuern wegfallen.“

Die Vermögenssteuer wurde mit aller Konsequenz nur bei den kleinen Unternehmern und Gewerbetreibenden durchgeführt. Die Ziffern beweisen heute, daß die kleineren Vermögenssteuerzahler bereits bis 80 Prozent der Vermögenssteuer eingezahlt, oft sogar dieselbe bereits überzahlt haben, während das Großkapital kaum 10 bis 20 Prozent der Steuer entrichtet hat. Die Proletarisierung des kleineren Gewerbetreibenden schreitet daher weiter fort. Anstatt die Lasten der Finanzgesundheit durch Anleihen auf Generationen zu verteilen, führte Grabst eine Verschärfung durch, die die zur Sanierung notwendigen Gelder sofort aufbringen soll. Dazu kommt das Mißtrauen des Auslandes. Thugutt selbst sagte in der Sejm-Kommission, daß man in Paris und London von Polen den Eindruck habe, es könne sich nicht selbst regieren.

Ungesund ist dabei der Antagonismus zwischen Industrie und Landwirtschaft. Es kommt dazu, daß einflußreiche rechtsstehende Parlamentarier die Notwendigkeit der Industrie bestreiten, da die Landwirtschaft in der Industrie den Konkurrenten sieht, der ihr die billigen Arbeitskräfte fortnimmt. Die Macht des Großgrundbesitzes führte zur Verteuerung der Lebensmittel, die die Lohnforderungen nach sich zog.

Die Industrie, die heute von Konkurrenzunfähigkeit spricht, würde eine Besserung der Lage in billigeren Krediten suchen, die z. B. in Tschechien 4 Prozent jährlich, bei uns bis 100 und mehr Prozent betragen. Diese billigere Kreditbeschaffung muß sich die Regierung zur Aufgabe machen. Doch tragen auch die Industriellen an der gegenwärtigen Lage eine sehr große Schuld, da sie die Inflationsgewinne nicht zur Modernisierung der Betriebe verwenden haben, sondern in die Taschen steckten. Die gegenwärtige Lage kann nur durch eine energische Bekämpfung der Teuerung, sowie durch eine stramme Organisation der werktätigen Bevölkerung eine Besserung erfahren. Die von Abg. Zerbe hierzu eingebrachte Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, drucken wir auf der ersten Seite ab. (Schluß folgt)

Weißrussische Kommunisten.

Die Showjetzeitung „Bilaja Rus“ teilt mit, daß die weißrussischen Abgeordneten des Sejm Rat-Michajlow, Woloszyn, Rogul und Dwsianil aus dem weißrussischen Klub ausgetreten sind und sich den Kommunisten angeschlossen haben. Die kommunistische Fraktion würde jetzt 12 Abgeordnete zählen.

Eine antibolschewistische Front.

Ein Vertrag zwischen der B. P. S. und den russischen Sozialrevolutionären.

Im tschechischen Teschen fand eine Konferenz zwischen Vertretern der P. P. S. und den der russischen Sozialrevolutionäre statt. Von polnischer Seite nahmen daran teil: die Abgeordneten Czajinski, Holowko und Miedzialkowski, von russischer Seite: Alko, Czernow, Serewicz und Stalinski. Zur Besprechung gelangten: Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und Rußland; das Verhältnis der sozialistischen Parteien des Ostens zu einander, sowie das Verhältnis des Sozialismus zum Kommunismus. Beide Seiten sprachen sich gegen eine Intervention einer fremden Macht in Showjetrußland aus. Obwohl Rußland sich niemals mit der Grenzregulierung des Riga'schen Vertrages einverstanden erklärt hat, mußte von beiden Seiten danach gestrebt werden, eine Lösung der strittigen Fragen auf friedlichem Wege herbeizuführen. Gegen den Kommunismus wurde der schärfste Kampf angesagt. Zum Schluß

ersuchten die Russen die Vertreter der P. P. S., dahin zu wirken, damit den russischen Emigranten in Polen Erleichterungen gewährt würden.

Der Vertrag, der zwischen beiden Parteien geschlossen wurde, besagt, daß die Sozialrevolutionäre wohl die Unabhängigkeit Polens anerkennen, aber die Grenzen geregelt sehen möchten, und daß beide Parteien eine antibolschewistische Front gebildet haben.

Kommunistischer Staatsstreich in Estland.

Gestern früh überfielen Gruppen zu 10 Personen, die mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet waren, den Bahnhof, das Schloß, das Parlament, die Polizeibüros und die Telephonzentrale in Reval und versuchten in den gewaltsamen Besitz der Gebäude zu gelangen.

Anerkennung Sowjetrußlands durch die Tschechei.

Die Führer der Regierungsparteien haben eine Konferenz abgehalten, auf der beschlossen wurde, mit der Anerkennung Sowjetrußlands nicht mehr zu zögern.

25 Parteilisten in Deutschland.

Eine Vorstellung von der Parteienzersplitterung Deutschlands gibt die Tatsache, daß die Zahl der Wahlvorschläge noch größer ist als bei den letzten Reichstagswahlen.

Lokales.

Die Streikverhandlungen zerschlagen.

Die Regierungsvertreter sind nach Warschau abgereist. Auf Grund energischer Forderungen der Vertreter der Arbeiterschaft hat sich die Regierung entschlossen, ihre Vertreter nach Lodz zu senden, um vermittelnd in den Lohnstreit einzugreifen.

Die Forderungen der Arbeiter vollständig gerechtfertigt sind und daß die Industriellen im Interesse der Sanierung der Finanzen den Streik beilegen müssen.

Verhandlungen mit den Arbeitervertretern

Am 5 Uhr 30 Minuten fand in der Wajewodschaft eine Konferenz mit den Vertretern der Arbeiterschaft statt. Dr. Sarapich erklärte den Versammelten, daß die Regierung sich davon überzeugt habe, daß die Forderungen der Arbeiter gerecht sind.

Eine auch nur ganz geringe Erhöhung lehnten die Industriellen ganz kategorisch ab.

Abg. Szczerkowski

antwortete darauf, daß der Standpunkt der Industriellen ein Hohn auf die Vernunft und eine unbürgerliche Handlung ist.

Herr Kazmierczak

forderte gleichfalls eine gemeinsame Konferenz. Die Berufung der

Industriellen auf Deutschland und die Tschechoslowakei ist falsch, da die Arbeiter dort

größere Löhne

haben. Es ist un wahr, daß die Industriellen die Löhne nicht ermäßigen. Bei Ceyer, Poznansti und Scheibler beträgt die Ermäßigung 30 Prozent.

Abg. Harasz

erklärte, daß die Regierung genau weiß, daß sie die Sanierung der Finanzen der Arbeiterschaft zu verdanken

habe. Jetzt muß die Regierung helfend eingreifen.

Wojewode Sarapich

erklärte zum Schluß, auch weiterhin zu versuchen, eine Verständigung herbeizuführen und bat die Arbeitervertreter auch weiter für Ruhe in der Stadt zu sorgen.

Am Abend sind die Regierungsvertreter nach Warschau abgereist.

Scharfer Streit.

Gestern fand im Klassenverband eine Delegiertenversammlung statt, in der die Nachricht von der Unnachgiebigkeit der Industriellen mit Empörung aufgenommen wurde.

Die versammelten Delegierten proklamieren in Anbetracht des unverföhllichen Standpunktes der Industriellen für den 2. Dezember den scharfen Streik.

Der Klassenverband und der Verband „Praca“ haben gestern mit einigen kleineren Fabrikanten die Abmachungen der 23prozentigen Lohnerhöhung unterzeichnet.

In Brzeziny haben sich 1800 Arbeiter dem Streik angeschlossen.

Außer den Sonntagen nur noch 10 Feiertage im Jahre.

Im „Dziennik Ustaw“ gelangte eine Verordnung des Staatspräsidenten zur Veröffentlichung, wonach die Zahl der Feiertage auf 10 festgesetzt wird.

Verhaftungen von Unabhängigen Sozialisten. Die politische Geheimpolizei nahm auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zahlreiche Verhaftungen unter den Lodzger Unabhängigen Sozialisten vor.

Die wir noch erfahren, ist in Warschau auch Dr. Krul, der Delegierte der Partei für die 2 Internationale, verhaftet worden.

Der Streik der Volksschullehrer in den Abendschulen dauert an. Der Magistrat hat bis jetzt nichts unternommen, um denselben beizulegen.

Vorträge über Hebbel. Einem kleinen Kreis Lodzger Kunstfreunde ist es gelungen, den rühmlichst bekannten Gelehrten Prof. Dr. Spiridon Wladimirovics neuerdings für zwei Vortragsabende zu gewinnen.

Der Streik der Volksschullehrer in den Abendschulen dauert an. Der Magistrat hat bis jetzt nichts unternommen, um denselben beizulegen.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Mittwoch, den 3. Dezember l. J., wird im Wiederholungsabonnement Nr. 9, der mit außerordentlichem Lacherfolg aufgenommene Schwank „Der Mustergatte“ aufgeführt.

Donnerstag, den 4. Dezember, findet im Premierenabonnement Nr. 10 die mit allgemeiner Spannung erwartete Erstaufführung des Shakespeareschen Lustspiels „Der Kaufmann von Venedig“ mit Kurt Katsch vom Staatstheater in Berlin als Gast in der Rolle des Shylock statt.

Aus dem Reiche.

Alexandrow. Diskussionsabend. Am vergangenen Sonnabend hielt Stv. Kurl in der hiesigen Ortsgruppe den ersten Diskussionsabend, der bei den zahlreichen Zuhörern Anklang fand.

Weihnachtsbazar. Am Sonntag fand der vom Frauenverein veranstaltete Weihnachtsbazar statt. Sämtliche von den Mitgliedern angefertigten Stückerien wurden im Handumdrehen verkauft.

Mord. In Neu-Adamow wurde der Neffe eines gewissen Kleiber vom Hirtenjungen mit einem Spaten erschlagen.

Dortow. Der Diskussionsabend, der für Sonnabend angelegt war, konnte unvorhergesehener Gründe wegen nicht stattfinden.

Posen. Ein Banditenüberfall auf eine Redaktion. Seit dem 15. November erscheint in Posen das linksdemokratische Blatt „Glos Poznansti“.

Statt zu studieren und nützliche Glieder der Gesellschaft zu werden, spielen diese Söhnchen für das Geld ihrer Eltern Banditen.

Kleine politische Nachrichten.

Silberhochzeit des Staatspräsidenten. Am heutigen Dienstag begeht Staatspräsident Wojciechowski das Fest der Silberhochzeit.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Aul. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Theaterverein „Thalia“, Lodz

Deutsches Theater

im Gebäude der „Scala“, Cegielniana 18 Dir.: Dr. Robert Lohan.

Mittwoch, den 3. Dezember 1924: Beginn 8 Uhr 15 Min. präzise.

Wiederholungsabonnement Nr. 9.

„Der Mustergatte“

Amerikanischer Schwank in 3 Akten von Avery Hopwood. Deutsch von B. Pogson.

Donnerstag, den 4. Dezember 1924: Beginn 8 Uhr 15 Min. präzise.

Premierenabonnement Nr. 10.

Erstes Auftreten

Kurt Katsch vom Stadttheater in Berlin

Der Kaufmann von Venedig.

Lustspiel in 5 Akten von William Shakespeare. Schloß — Kurt Katsch a. G.

Kartenvorverkauf von 11—1 und 4—7 Uhr nachm. an der Tageskasse der Scala und bei Firma Arno Dietel, Petrikauer 157.

Adalises Ehe.

Roman von A. Hruszka.

(Nachdruck verboten.)

(62. Fortsetzung.)

Der ihm persönlich befreundete Kommandant, General von Laster, teilte ihm vertraulich mit, daß man für den ersten Mai in der Stadt Arbeiterunruhen befürchte und die Garnison in aller Stille verstärkt habe. Bei der großen Wichtigkeit der Gießereier Betriebe und um allen Möglichkeiten vorzubeugen, halte er es für angezeigt, auch dort den militärischen Schutz zu verstärken. Aus diesem Grunde wolle er vorübergehend eine Eskadron Dragoner dort einquartieren und sende morgen den Quartiermeister zur Besprechung nach Karolinenruhe. Die Offiziere könnten ja wohl hoffentlich im Herrenhaus Unterkunft finden, für Mannschaft und Pferde werde Herr Gottulan schon auch Rat schaffen können. Die Eskadron stehe unter dem Kommando des ihm ja persönlich bekannten, kürzlich zum Major beförderten Brinzen Löwenkreuz.

Leo Gottulan starrte unverwandt auf den verhassten Namen. Der also! Gerade der...!

Nun verstand er freilich Adalises jubelndes „Er kommt! Er kommt!“...

Natürlich hatte Löwenkreuz ihr die Freudenbotschaft sogleich mitgeteilt...

Mara von Hilbert war am Abend dieses Tages zufällig ganz allein mit der alten Minna im Rosenheim. Frau Cäta war zur Stadt gefahren, um Onkel Lebrechts Grab zu besuchen und wollte erst mit dem späten Zug heimkehren. Klaudia aber war nach Schließung des Kindergartens wie jetzt oft auf ein Plauderfändchen zu Adalise gegangen. Manfred arbeitete noch in seinem Laboratorium in der Fabrik.

Nähe von den Mähen des Tages, sah Mara in dem dämmernden Zimmer, dessen Fenster offen standen,

und dachte gerade an den alten Pinter, von dessen Heftigkeit man ihr heute wieder allerlei zugetragen hatte, als sich die Tür aufstieß und Leo Gottulan eintrat.

„Guten Abend,“ sagte er leise. „Darf ich ein wenig bei dir bleiben, Mara?“

„Selbstverständlich. Soll ich...“ das Wort erstarb ihr im Mund, als sie ihn ansah. „Leo — um Gotteswillen, was ist geschehen. Wie siehst du aus?“ stammelte sie erschrocken.

Er sah sie mit leerem Blick an. Plötzlich ließ er sich, wie zerbrochen, auf einen Stuhl am Fenster fallen und schlug die Hände vor das Gesicht.

„Nichts. Nur — ich kann heute nicht allein sein. Es auch nicht mehr allein tragen...“

Und dann breitete er in leisen, abgerissenen Worten sein ganzes inneres Elend vor ihr aus. Keine Nacht der Welt hätte dieser stolzen Mannesseele ein solches Bekenntnis entreißen können, wenn es sich bloß um den eigenen Jammer gehandelt hätte.

Aber seit heute, als er Adalise so unglücklich gesehen hatte, als sie mit dem Kind auf dem Arm, sehnsüchtig in die Ferne blickte und dann — nachdem sie den Brief gelesen, so jubelnd — war er irre geworden an allem. Wie ein dumpfer Druck lastete die quälende Frage auf ihm: Durfte er sie denn noch halten an seiner Seite? Mühte er sie nicht selber frei geben, auch ohne daß sie es erst begehrte? War es nicht schändlicher Egoismus, dieses junge Weib um sein Glück zu betrügen, bloß weil er meinte, nicht leben zu können, ohne sie wenigstens in seiner Nähe zu wissen? Darüber wollte er fremden Rat hören. Maras Rat. Denn sie war klug und gütig und selbst Weib...

So oft hatte er sich schon an sie wenden können. Aber Mara wußte keinen Rat. Erschüttert sah sie neben ihm, streichelte ab und zu nur mitleidig seine Hand und schwieg.

„Ich wage es nicht,“ murmelte sie einmal bellommen. „Das Herz einer Frau ist so wunderbar. Es kennt

sich oft selbst nicht. Glaubst, kalt zu sein, wo es liebt, und ist vielleicht kalt, wo es zu lieben glaubt...“

Lange saßen sie stumm nebeneinander. Draußen sank die Dämmerung immer tiefer. Dann schreckten sie auf. Vom Wiesenweg herüber war es wie heiseres, spöttisches Lachen an ihr Ohr geklungen. Aufblickend sahen sie eine torkelnde Gestalt zwischen den Sträuchern am Wegrand verschwinden.

Ein unangenehmes Gefühl trieb Mara das Blut in die Wangen.

„War das nicht Pinter?“ frug sie.

Gottulan zuckte gleichgültig die Achseln. Dann erhob er sich, um zu gehen.

„Du willst mir also keinen Rat geben, Mara?“

„Ich weiß keinen besseren, als: Ueberlasse es Adalise, selbst ihr Schicksal zu gestalten! Liegt ihr Herz im Kampf, dann muß sie allein ihn auskämpfen. Eines nur möchte ich dir noch sagen. Wenn sie wirklich einen anderen dir vorziehen könnte, dann sei ein Mann Leo.“

Damit schied sie.

XXVI.

Am nächsten Tage bei Tisch teilte Gottulan seiner Frau mit, daß man Einquartierung nach Karolinenruhe bekäme und wer das Kommando führen werde.

Lo und Eva jubelten auf. Wie fein! Und gar Löwenkreuz, das war ja entzückend! Besonders Lo Undermatt war außer Rand und Band.

Adalise sagte kein Wort. Bläß und erschrocken starrte sie vor sich hin. Als sie bemerkte, daß ihres Mannes Blick auf ihr ruhte, schlug sie die Augen nieder, und dunkle Röte überzog ihr Gesicht.

Nach Tisch ging sie in ihr Zimmer. Dort fand sie einen Brief, den ein Bote für sie abgegeben habe, wie die Jose meldete.

Gleichgültig öffnete sie ihn. Wahrscheinlich irgend eine Bitte um Unterstützung, dachte sie. Aber es war kein Bettelbrief, sondern eine Warnung von unbekannter Hand. (Fortsetzung folgt.)

Heute die größte Premiere der Saison!

„QUO VADIS...?“

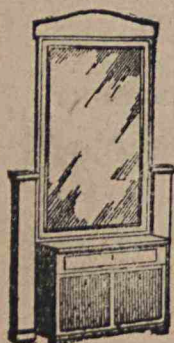
Das größte Filmwerk der Welt — ausgeführt auf Grund des gleichnamigen Romans von Henryk Sienkiewicz.

Rina de Liguoro Eunice	R. van Riel Tygellinus	Zwei Operateure und der Filmschauspieler Palambo sind bei den Aufnahmen den Löwen zum Opfer gefallen.
André Habbay Petronius	Elka Brink Domitilla	137 Löwen, Tiger und andere wilden Tiere.
Alfons Fryland Vinicius	Helena Sangro Popea	Orgien und Bacchanalien im zügellosen Rom.
Gino Viotti Chilo Chilonides	G. D'Annunzio Regisseur.	Kostenaufwand 7 000 000 Dollar. Ausgeführt von 46 000 Statisten, 5 700 Arbeitern, 29 Filmapparaten.
B. Castellani Ursus	Emil Jannings Nero	2 Das Ganze 14 Serien in einem Akte Programm.
Hall Davis Ligia	Rom aus der Zeit Neros.	Musikillustration L. Kantor.



CASINO -- ODEON

Petrikauer 67. Przejazd 2.



392

SPIEGEL

Fabrikspreise. Ratenzahlung.

SPIEGELFABRIK u. KRISTALLGLAS-SCHLEIFEREI

Juljusza 20

Sie kaufen gut und billig

Ihre Wintergarderoben gegen bar und Ratenzahlungen nur bei

„WYGODA“ Petrikauer 238

Damen- und Herren-Garderoben sowie Manufakturwaren in größter Auswahl.

Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Fiktionalen bestigen wir nicht).

387

ACHTUNG! RAUCHER!

Großer Ausverkauf von

ZIGARREN

der gew. Fabrik Loeser & Wolf und andere.

Stefan Lewandowski
Lodz, Sienkiewicza-Strasse 50.

Inserate haben in der Lodzzer Volkszeitung den besten Erfolg!